

Trierischer Volksfreund

UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH • GEGRÜNDET 1875

SAARBURGER ZEITUNG



LANDWIRTSCHAFT

Sucht fieberhaft einen Nachfolger:
Bio-Bauer Jürgen Meßer. Lokales

SERIE SPOCHTIPEDIA

Was macht einen Zehnkämpfer aus? Ex-Weltrekordler Jürgen Hingsen erzählt. Seite 17



ÜBERBLICK

Urlaubsanspruch gilt übers Jahr hinaus

LUXEMBURG (dpa) In vielen Firmen ballen sich zum Jahresende die Rest-Urlaubstage. Nach deutschem Recht erlischt der Anspruch darauf eigentlich am Ende des Arbeitsjahres. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs könnte nun einiges durcheinanderwirbeln.

Seite 6

Köche und Kellner: 20 Jahre Rot-Grün

BERLIN (dpa) Vor zwanzig Jahren machte die erste rot-grüne Koalition im Bund ihre ersten Gehversuche. Gerhard Schröder, damals Bundeskanzler, und Ex-Umweltminister Jürgen Trittin erinnern sich an rot-grüne Köche und Kellner – und blicken auf die aktuelle Lage.

Seite 5

Keiner ist so sexy wie Schauspieler Idris Elba

LOS ANGELES (dpa) Der britische Schauspieler Idris Elba (46) ist nach Ansicht des US-Magazins People der „Sexiest Man Alive“. Elba zeigte sich nach Angaben der Zeitschrift überrascht. Diese vergibt den Titel seit 1985 jährlich.

Seite 8

ZITAT

„Ich finde keinen Ortsverein der SPD, der mich vorschlägt.“

Gerhard Schröder (74), auf die Frage, warum er nicht zurück in die Politik gehe, um seine SPD zu retten

WETTER

Tiefsttemperatur der kommenden Nacht:
6°
17°
7°

Seite 8

RUBRIKEN

BÖRSE SEITE 6
FERNSEHEN SEITE 21
HÄGAR SEITE 21
SUDOKU SEITE 21
LESERBRIEFE SEITE 20
MEHR WERT! SEITE 28

KONTAKT

Anzeigen 06 51/7199-999
Abo 06 51/7199-998
Leserservice 06 51/7199-0
Ticket-Hotline 06 51/7199-996

kontakt@volksfreund.de
Internet: www.volksfreund.de

www.facebook.com/volksfreund
www.twitter.com/volksfreund

Produktion dieser Seite:
Frank Giarra

Einzelpreis 1,80 €, NR. 258



4 194971 101807 3 1245



November 1918: Der Erste Weltkrieg geht zu Ende, die Deutschen stürzen den Kaiser, Kriegsgefangene kehren von den Schlachtfeldern heim.

FOTO: DPA

100 Jahre danach: Erster Weltkrieg wirkt in der Region bis heute nach

In Trier ist der Waffenstillstand 1918/19 endgültig besiegelt worden. Gedenkstätten erinnern an die Opfer der Schlachten. Ein Historiker warnt vor neu aufkeimendem Nationalismus.

VON BERND WIENTJES

TRIER Als man vor vier Jahren des Beginns des Ersten Weltkriegs gedacht hat, hat es in der Region und in Rheinland-Pfalz zahlreiche Veranstaltungen gegeben. Das Land lud Vertreter aus Luxemburg, Belgien und Frankreich zu einer zentralen Gedenkfeier auf die Burg Ehrenbreitstein in Koblenz ein. Am Sonntag jährt sich zum 100. Mal das Ende des Ersten Weltkriegs. Zwar gibt es verschiedene Vorträge dazu, etwa in Trier. Größere Veranstaltungen anlässlich des Waffenstillstands, dessen Verlängerung in Trier ausgehandelt worden war, sind aber offensichtlich nicht geplant.

In Frankreich hingegen, wo der 11. November ein offizieller Feiertag ist, wird seit Tagen des Kriegsen-

des gedacht. Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron tourt zu den Kriegsschauplätzen. Am Sonntag will er vor mehr als 80 Staats- und Regierungschefs in Paris daran erinnern, dass die damaligen Missstände den Zweiten Weltkrieg heraufbeschworen haben. Macron will dazu aufrufen, Lehren aus der Geschichte zu ziehen, Europa und die internationale Zusammenarbeit zu festigen, nationalen Alleingängen zu entsagen.

„Ich habe den Eindruck, dass in unseren Nachbarländern die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg lebendiger ist und auch systematisch von politischen und kulturellen Institutionen wachgehalten wird, während wir den Zweiten Weltkrieg als die größere Katastrophe ansehen, so dass die zahllosen Opfer

des ersten Krieges in Vergessenheit geraten sind“, sagt der Trierer Historiker Christian Jansen. Dabei erlebe die Hauptursache des ersten Krieges, der Nationalismus, derzeit gerade wieder in Europa „ein erschreckendes Revival“.

In der Region hat der Erste Weltkrieg seine Spuren hinterlassen. Auf zahlreichen Gedenkstätten wie auf dem Trierer Hauptfriedhof oder auf der Kolmehöhe in Bitburg wird der fast 15 000 gefallenen Soldaten der Trierer Regimenter gedacht. Trier und die Eifel waren die Hauptaufmarschgebiete, von wo aus deutsche Truppen in Luxemburg, Frankreich und Belgien einmarschierten. Von Trier aus, vom ehemaligen Flugplatz im Stadtteil Euren, wurden Luftangriffe geflogen. „Der Erste Weltkrieg war in Trier wegen der Grenznähe

sehr viel stärker präsent als in vergleichbaren Provinzstädtchen im Landesinnern“, sagt Jansen.

Nach Kriegsende war die Moselstadt unter amerikanischer Besatzung. Ein Jahr später, im August 1919, übernahmen die Franzosen die Militärverwaltung von den USA. Von 1927 bis 1929 war der spätere Staatspräsident Charles de Gaulle als Kommandeur eines Jägerbataillons in Trier stationiert.

Im Juli 1945 wiederholte sich die Geschichte: Wenige Wochen nach der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands löste Frankreich die Amerikaner als Besatzungsmacht in Trier ab. Auch Wittlich wurde französische Garnisonsstadt, während in Bitburg später US-Soldaten stationiert waren.

Themen des Tages Seiten 2, 3

Land soll für Straßenausbau zahlen

Die CDU-Fraktion fordert 75 Millionen Euro pro Jahr, um Bürger zu entlasten.

VON FLORIAN SCHLECHT

TRIER/MAINZ Geht es nach dem Willen der CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag, soll die rot-gelb-grüne Ampelkoalition die kommunalen Straßenausbaubeiträge abschaffen, die Anlieger belasten. 75 Millionen Euro soll das Land dafür jährlich im Haushalt einstellen, forderte CDU-Fraktionsvize Adolf Weiland nun in Mainz erstmals eine genaue Summe. Weiland kritisierte die Landesregierung, die Beiträge behalten zu wollen, die junge Familien und alleinstehende Rentner belasten. Es sei keine Seltenheit, dass Anlieger auf einen Schlag 10 000 Euro oder mehr zahlen müssten. „Nur wer unter einer Mainzer Glasglocke sitzt, kann behaupten, dass alles gut läuft“, sagte Weiland.

Das Konzept der CDU-Fraktion sieht vor, beim Ausbau von Straßen

einen Gemeindeanteil von 30 Prozent beizubehalten. Das Land solle für die Kosten in die Bresche springen, die Bürger übernehmen müssten. Die Entscheidung, welche Straßen ausgebaut werden, soll weiter bei den Kommunen liegen. Der Vulkaneifeler Landtagsabgeordnete Gordon Schnieder sieht mehrere Vorteile in einem Aus für die Beiträge: Der Kostendruck auf Wohngentum sinke, der ständige Streit zwischen Gemeinden und Bürgern um Kosten bleibe aus, Gerichte würden durch ausbleibende Klagen entlastet. Den Rotstift ansetzen will die CDU-Fraktion bei millionenschweren Rücklagen, die die Landesregierung im Haushalt schaffe.

Durch die Kehrtwende der CDU-Fraktion, die das Aus der Beiträge noch im August ablehnte, ist erneut Bewegung in die Frage gekommen. Die AfD-Fraktion im

Mainzer Landtag hat bereits einen Gesetzesentwurf eingebracht, die Beiträge abzuschaffen. Die in der Regierung sitzende FDP hat sich auf ihrem jüngsten Parteitag ebenfalls gegen die Anliegerkosten ausgesprochen. So offensiv äußert sich die Fraktion im Mainzer Landtag jedoch nicht.

Karl-Heinz Frieden, Geschäftsführer des rheinland-pfälzischen Städte- und Gemeindebundes, warnt hingegen. Kommunen könnten die Beiträge nicht alleine stemmen, sagte der Mitteler (Kreis Trier-Saarburg). „Diese Beträge müssten langfristig auch unter Berücksichtigung von Preissteigerungen und dem zusätzlichen Bedarf fortgeschrieben und den Kommunen aus dem Landeshaushalt zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.“ Fördermittel des Landes seien oft nur „zaghaft“ geflossen.

Bayerischer Landtag wählt Söder zum Regierungschef

MÜNCHEN (dpa) Trotz der herben Pleite der CSU bei der Landtagswahl darf Markus Söder (Foto: dpa) bayerischer Ministerpräsident bleiben. Wie erwartet wählte der Landtag Söder am Dienstag erneut zum Regierungschef des Freistaats. Der CSU-Politiker erhielt in der geheimen Abstimmung 110 Ja-Stimmen und 89 Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen. Damit erzielte er im ersten Wahlgang die notwendige einfache Mehrheit der 202 abgegebenen gültigen Stimmen, erhielt aber eine Ja-Stimme weniger, als Abgeordnete von CSU und Freien Wählern anwesend waren.

Söder appellierte an alle Parlamentarier, „einen neuen Stil zu entwickeln“. Stil und Anstand seien wichtig, jeder solle sich bemühen, die Argumente des anderen verstehen zu wollen. „Das Ringen um das Beste macht den Parlamentarismus

Steuerzahlerbund: Teure Bausünden in Rheinland-Pfalz

MAINZ (lrs) Teure Fehlplanungen, folgenreiche Fehler oder mangelhafte Kontrollen – der Steuerzahlerbund listet in seinem am Dienstag veröffentlichten Schwarzbuch Fälle auf, in denen Bund, Länder und Gemeinden nach seiner Meinung sorglos mit dem Geld der Bürger umgehen. Von bundesweit mehr als 100 Beanstandungen entfallen sieben auf Rheinland-Pfalz. Dabei geht es um hohe Geldbeträge. Besonders im Fokus steht diesmal die Explosion von Baukosten. Als Beispiel in Rheinland-Pfalz führt das Schwarzbuch die laufende Sanierung eines 150 Jahre alten Polizeigebäudes in Idar-Oberstein auf. Die Kosten explodierten, weil der Gebäudezustand zuvor nicht ausreichend untersucht worden sei.

Themen des Tages Seite 5

Jens Ahnemüller scheitert mit Klage

TRIER (sey) Der fraktionslose Konzeptsabgeordnete Jens Ahnemüller ist mit seiner Klage gegen den Rauswurf aus der AfD-Fraktion vorerst gescheitert. Der Verfassungsgerichtshof lehnte den Antrag des 56-Jährigen auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ab. Die eigentliche Entscheidung steht aber noch aus. Laut Gericht ist mit ihr „innerhalb weniger Monate“ zu rechnen. Die AfD-Fraktion hatte Ahnemüller wegen seiner Kontakte zu Rechtsextremen ausgeschlossen.

Groko-Rentenpaket im Bundestag

BERLIN (dpa) Die große Koalition will am Donnerstag im Bundestag das Rentenpaket von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) verabschieden. Das Rentenniveau soll stabilisiert, Beitragserhöhungen sollen begrenzt werden. Die Mütterrente soll ausgeweitet werden. Wer wegen Krankheit ab 2019 erwerbsgemindert ist, soll mehr bekommen.

Meinung Seite 4



stark. Wer andere schlechtmacht, wird selber nie erfolgreich sein.“ Dem Anspruch müsse die Regierung ebenso gerecht werden wie die Opposition.

Der neue Landtag besteht aus sechs Fraktionen und 205 Abgeordneten. Erstmals war Söder im März zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Er folgte auf CSU-Chef Horst Seehofer, der als Bundesinnenminister nach Berlin wechselte.

Grünen-Fraktionschefin Katharina Schulze sagte zur neuen Koalition von CSU und Freien Wählern, dies sei ein „Bündnis der Mutlosen“. SPD-Fraktionschef Horst Arnold kritisierte, der Koalitionsvertrag von CSU und Freien Wählern zeuge von „stabiler Perspektivlosigkeit“.